

12.02.2009

[Annette Widmann-Mauz](#)

Phase der Konsolidierung und der Verlässlichkeit

Rede zu Reformen im Gesundheitswesen

4.) Beratung Antrag FDP

Für ein einfaches, transparentes und leistungsgerechtes Gesundheitswesen

- Drs [16/11879](#) -

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir beschäftigen uns heute mit einem Antrag der FDP, mit dem sie die Bundesregierung auffordert, das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch komplett neu zu fassen.

(Zurufe von der FDP: Richtig!)

Im Grunde will die FDP also die gesetzliche Krankenversicherung in ihrem Kern abschaffen. Dazu sage ich Ihnen: Das brauchen wir ganz bestimmt nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Elke Ferner [SPD])

Die Menschen in unserem Land haben die jüngste Reform in weiten Teilen noch nicht einmal richtig angenommen. Sie ist bei vielen auch noch nicht wirklich angekommen.

(Zurufe von der FDP)

Die ersten Kinderkrankheiten sind noch nicht einmal überstanden, da wollen Sie schon wieder alles umkrepeln, alles durchschütteln und erneut auf Weltreise gehen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Menschen sind keine Objekte, die sich von Jahr zu Jahr, beliebig oft, von der einen in die andere Ecke stellen lassen. Das geht nicht. Die im Gesundheitswesen beschäftigten Menschen und die Versicherten, die Patientinnen und Patienten, haben eine Phase der **Konsolidierung** und der Verlässlichkeit verdient. Auf dieser Grundlage muss das System weiterentwickelt werden. Darum muss es gehen. Wir dürfen nicht für Verunsicherung in unserem System sorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie reden zwar viel über Transparenz – darüber steht auch viel in Ihrem Antrag –, aber Sie werden diesem Anspruch noch nicht einmal in Ihrem eigenen Antrag gerecht. Sie wollen die GKV abschaffen, das Gesundheitswesen komplett privatisieren und vereinheitlichen, Sie wollen eine Bürgerversicherung mit einer **Bürgerprämie**, aber Sie trauen sich noch nicht einmal, das auszusprechen. Das kann ich mir erklären: Sie wollen allen gefallen. Darum wählen Sie schöne Worte und reichen das Kleingedruckte später nach. Vielleicht wollen Sie auch nur kräftig wedeln, weil Sie wissen, dass die verantwortungsbewusstesten Menschen in diesem Land das am Ende wieder austarieren und korrigieren werden.

Sie wollen die Privatisierung der Krankenkassen, einen einheitlichen Versicherungsmarkt, einkommensunabhängige Beiträge, und Sie sprechen von Kontrahierungszwang. Sie haben aber überhaupt nichts zur Risikoeinstufung bei der **Prämienkalkulation** gesagt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das aber eine entscheidende Frage; denn hier geht es darum, ob man trotz Vorerkrankungen einen bezahlbaren Versicherungsschutz erhalten kann oder nicht. Oder habe ich Sie missverstanden?

(Heinz Lanfermann [FDP]: Mit Sicherheit!)

Vielleicht wollen Sie ja gar keine Risikoeinstufung. Dann wollen Sie also den PKV-Basistarif für alle? Den haben Sie in letzter Zeit aber immer kritisiert. Was wollen Sie jetzt eigentlich?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Es gibt ja auch noch andere Modelle, Frau Widmann-Mauz!)

Ich kann auch über andere Themen sprechen. Sie wollen einen **Risikostrukturausgleich** mit einfacheren Kriterien.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Den wollten Sie auch immer, Frau Widmann-Mauz!)

Die Morbiditätsorientierung kritisieren Sie. Jetzt sagen Sie mir aber einmal, lieber Herr Bahr, welche Ausgleichskriterien Sie wollen. Wollen Sie nur Alter und Geschlecht? Wollen Sie auf die Aufnahme von Krankheitskosten verzichten? Was schlagen Sie denn vor? Das alte System hat doch gerade dazu geführt, dass der Run auf die Jungen, gut Verdienenden und Gesunden ausgebrochen ist. Das führte am Ende dazu, dass mehr für Wellnesswochenenden als für medizinische Behandlungen ausgegeben wird. Genau diese Themen waren also falsch angesprochen. Morbiditätsorientierung ist richtig; ein paar Krankheiten weniger tun es auch. Aber Sie bleiben jede Antwort schuldig, wie Sie es besser machen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie reden zu Recht von mehr **Kapitaldeckung**;

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Immerhin!)

aber Sie sagen überhaupt nichts dazu, wie und in welchem Umfang sie aufgebaut werden soll: kollektiv, individuell, im Bestand oder nur für die Neuzugänge, mit welcher zusätzlichen Beitragsbelastung? Wir würden gern von Ihnen einfach einmal hören, was bei Ihrem Konzept auf die Menschen zukommen soll.

Sie sagen an einer anderen Stelle, Sie wollten das Sachleistungsprinzip aufheben und über das Rechnungslegungsprinzip zum **Kostenerstattungsprinzip** kommen. Das hört sich wunderbar an. Sie sagen aber nicht, dass damit jede Rechnung für alle Versicherten in unserem Land nach der privatärztlichen Gebührenordnung gestellt wird. Sie sagen nichts darüber aus, was dies für die Beiträge bedeutete, und Sie sagen schon gar nicht, wie Sie die Kostenentwicklung im Griff halten wollen.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Gnadenlose Abzocke!)

Sie wissen es eigentlich besser. Die Prämiensteigerungen im privatärztlichen System betragen in den letzten Jahren im Durchschnitt 10 Prozent pro Jahr. Wie wollen Sie das finanzieren, wo sind Ihre Antworten an dieser Stelle?

Es kann natürlich auch sein, dass Sie dies nicht wollen, weil Sie sagen, die Kostensteigerungen seien sonst viel zu hoch. Aber dann müssen Sie hier schon eine ehrliche Antwort auf die Frage geben, ob Sie für die **Öffnungsklausel in den Gebührenordnungen** für Ärzte und Zahnärzte sind. Dazu schweigen Sie sich aus. Schaffen Sie Klarheit; dann wissen auch Ihre Wählerinnen und Wähler, was auf sie zukommt. Das aber tun Sie wieder einmal nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben eine **Hilfe für die sozial Schwachen** vorgesehen, die die Prämien nicht mehr zahlen können. Aber Sie sagen natürlich nichts darüber aus, bei welchem Eurobetrag die Zumutbarkeit endet und die Unzumutbarkeit beginnt. An welchem Prozentsatz des Einkommens wollen Sie das festmachen? Sie sagen hier schon zum zweiten Mal nicht, woher Sie das Geld nehmen wollen und welche Milliardensummen Sie brauchen, und das in der größten Wirtschaftskrise, die unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg überhaupt erlebt.

Sie haben sich natürlich viele Gedanken darüber gemacht, woher das Geld kommen kann, und sprechen von der Auszahlung und Festschreibung des **Arbeitgeberbeitrags**. Sie bleiben uns aber auch hier eine Antwort auf die entscheidende Frage schuldig. Die Frage der Besteuerung ist aus meiner Sicht nicht entscheidend. Viel entscheidender ist doch, wie Sie diese Beträge auch bei neuen Verträgen und beim Arbeitgeberwechsel sichern wollen. Wollen Sie, die Sie doch sonst die Vertragsfreiheit so hoch einschätzen, in die Tarifautonomie eingreifen? Wie wollen Sie denn dieses Niveau dauerhaft sichern? – Keine Antworten auf entscheidende Fragen, die bei einem solchen Konzept gestellt werden müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein weiteres Lieblingsthema der FDP ist der **Leistungskatalog**. Ich kann es wirklich langsam nicht mehr hören. Sie reden – Frau Kollegin Bender hat schon darauf hingewiesen – wieder einmal von der Reduzierung auf das „medizinisch wirklich Notwendige“. Was verstehen Sie denn darunter? Ist die palliativmedizinische Versorgung in den letzten Lebenstagen medizinisch wirklich notwendig oder nicht? Ist die geriatrische Rehabilitation medizinisch wirklich notwendig oder nicht? Ist die Behandlung von psychiatrischen Erkrankungen medizinisch wirklich notwendig oder nicht? Sagen Sie es uns! Sie schlagen die Reduzierung des Leistungskatalogs vor. Wir wollen wissen, wo und für welche Betroffenen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie reden unter der Überschrift „Subsidiarität“, ein wichtiges Prinzip, vor allen Dingen von der Eigenverantwortung der Patientinnen und Patienten, der Versicherten. Das Wort **Selbstverwaltung** im Gesundheitswesen habe ich in Ihrem gesamten Antrag nicht ein einziges Mal gelesen. Haben Sie sie mittlerweile abgeschrieben?

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Die haben Sie kaputt gemacht!)

Oder passt sie mittlerweile schon gar nicht mehr in Ihr System, in dem nach Ihrer Vorstellung der freie Markt und das freie Spiel der Kräfte alles regeln werden? Wir wollen nicht, dass

Krankenkassen in Zukunft den medizinischen Bedarf bestimmen. Wir wollen kein Herauskaufen, keine Rosinenpickerei, sondern wir wollen eine flächendeckende Versorgung durch freiberuflich tätige Fachärzte und durch Krankenhäuser. Ihre Vorstellungen, Ihre Rosinenpickerei lehnen wir schlichtweg ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will zum Schluss ein letztes Prinzip, das Ihnen und uns wichtig ist – in vielen Zielen sind wir uns einig –, herausgreifen.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Aha! Also doch! Ich hatte schon das Gefühl, Sie gehören zur SPD! Sie reden wie eine Sozialdemokratin!)

Sie wollen mehr **Vertrauen** in das System bringen. Da haben Sie recht. Das Misstrauen unter den Beteiligten ist der Humus, auf dem die Bürokratie gedeiht. Das ist die schwierigste Aufgabe. Denn Vertrauen in das System können Sie weder durch Anträge noch per Gesetz verordnen, sondern es muss gegenseitig erarbeitet werden. Darin besteht die große Bewährungsprobe für alle Verantwortlichen im Gesundheitswesen: für uns Politiker, für Ärzte, für alle Leistungserbringer, für die Krankenkassen, für die Patientinnen und Patienten und Versicherten. Daran zu arbeiten, lohnt sich im Interesse der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)